



DIE

Magazin der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien – www.ju-sachsen.de

SCHWARZEN SEITEN

Heft #2 Dezember 2020

#Im Gespräch | Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

#Pro & Contra | Verbot von
Prostitution?!

#Im Gespräch | Oliver Schenk zum
öffentlich-rechtlichen Rundfunk

#Strukturwandel | Die Struktur-
entwicklung aktiv gestalten

Wege in die Politik

#JUNGE LÖWEN

Mach' Dich stark für
Deine Zukunft!

**Wir bilden im technischen
und kaufmännischen Bereich aus –
Informiere Dich jetzt!**



Neugierig geworden?
Alle Infos zu Deinem Beruf und zur Ausbildung bei
LÖWEN ENTERTAINMENT findest Du unter diesem QR-Code!

📷 @ausbildung_loewen_gruppe

🌐 www.loewen.de/azubis

Liebe Mitglieder und Freunde der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien,

während der zurückliegenden Monate haben wir die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie dank unserer aller Umsicht und Verantwortungsbewusstsein gut bewältigt. Seit Oktober erleben wir wieder einen starken Anstieg der Corona-Neuinfektionen. Gerade die diffuse Verbreitung des Virus macht die aktuellen Maßnahmen notwendig, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Deshalb gilt es im Alltag, unsere physischen Kontakte weitestgehend zu reduzieren und gleichzeitig Wirtschaft, Industrie und Bildung bestmöglich am Laufen zu halten.

Es ist ein Gebot der Stunde, dass die Union in diesen Tagen nicht zu einem Präsenzparteitag zusammenkommt. Dennoch darf die Führungsfrage in der CDU nicht zur Hängepartie werden. In der Parteiführung besteht seit Februar ein Provisorium. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass nunmehr zu Beginn des neuen Jahres zur Wahl eines neuen Vorstandes ein digitaler Bundesparteitag stattfindet.

Die derzeitige Pandemielage zeigt, welche Potentiale in der Digitalisierung liegen. Mit dem Positionspapier „Neues Jahrzehnt, neue Aufgaben!“ haben wir eine Agenda zur Digitalisierung im Freistaat Sachsen vorgelegt. Mit dem Programmierunterricht ab der Grundschule, dem Rechtsanspruch auf mobiles Internet oder der Erhöhung von IT-Experten bei der sächsischen Polizei im Kampf gegen die Cyberkriminalität wurden wichtige Forderungen der JU Sachsen & Niederschlesien im „CDUUpdate“ der Zukunftspapier der Sächsischen Union aufgenommen. Jetzt geht es darum, dass diese Forderungen tatsächlich realisiert werden. Darauf werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten konzentrieren – genauso wie auf einen generationengerechten und soliden Haushalt.

Im Jahr 2020 hat sich die Wiedervereinigung zum 30. Mal gejährt und auch die JU Sachsen & Niederschlesien ist 30 Jahre geworden. Dies ist Grund genug, die neue Rubrik "Wege in die Politik" aus der Taufe zu heben. Zum Auftakt erklärt unser Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler was ihn angetrieben hat, zu Beginn der friedlichen Revolution Verantwortung für die Menschen im Freistaat Sachsen zu übernehmen.

Schon heute wünsche ich Euch ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten und gesunden Start in das Jahr 2021!

Euer

Florian

Florian Oest

Vorsitzender Junge Union
Sachsen & Niederschlesien



6



**NEUES JAHRZEHT,
NEUE AUFGABEN!**
JU Sachsen &
Niederschlesien legt
Fahrplan zur
Digitalisierung im
Freistaat Sachsen vor

8



WEGE IN DIE POLITIK
Gespräch mit Landtagspräsident
Dr. Matthias Röbler

In einer neuen Gesprächsreihe wollen wir den Werdegang von Parteifreunden und Politikerpersönlichkeiten nachzeichnen: Welche Wege führten sie in die Politik, was hat sie angetrieben, welche Hürden nahmen sie und was haben sie dabei erlebt?
Den Beginn macht der "Nischenbewohner" Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler.

12



DER DIGITALPAKT
Ein Erlebnisbericht
aus der Schulpraxis

IMPRESSUM | **Herausgeber** taktiker Werbeagentur GmbH, Bautzner Str. 189 | 01099 Dresden **Im Auftrag von** Junge Union Sachsen & Niederschlesien, Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden, Mail: post@ju-sachsen.de **Chefredaktion** Bianca Schulz **Redaktion** Bianca Schulz **Anzeigenleitung** taktiker Werbeagentur GmbH **Autoren** Marcus Mündlein, Bianca Schulz, Tony Weber, Viktoria Donie, Sophie Pojar, Peter Flaske, Julien Reiter, Florian Oest **KV-Berichte** Sarah Repmann und Dustin Straßberger (Chemnitz), Jakob Wünsche (Dresden), Frank Polten (Erzgebirge), Eric Witte (Görlitz), Gerhard Blume (Landkreis Leipzig), Stefanie Franzl (Stadt Leipzig), Robert Ahr (Meißen), Daniel Knischourek (Nordsachsen), Jan Schuster (Zwickau) **Fotonachweise** Titel: iStock.com-Pyrosky, S. 6/7: Nikolai Schmidt, S. 8: Steffen Giersch, S. 9: Bildermann, S. 12: Privat, S. 16: Laurence Chaperon, S. 17: Pawel Sosnowski, S. 19: Florian Gaertner/photothek.de, S. 21: Nikolai Schmidt, S. 22/23: Pawel Sosnowski **Grafiken** S. 12/13: Designed by macrovector_official/Freeepik, S. 15: fuji01/pixabay, S. 16: Designed by gstudioimagen/Freeepik **Vertrieb Print** Junge Union Sachsen & Niederschlesien **Vertrieb Digital** Eigenvertrieb **Druck** Aussiger Druckereien GmbH **Satz/Layout/Titellayout** taktiker Werbeagentur GmbH **Auflage** 1.400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Urheberrechte für vom Herausgeber erstellte Anzeigenentwürfe bleiben bei „taktiker Werbeagentur“. Die Schwarzen Seiten erscheinen normalerweise drei Mal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

INHALT

14



**VERBOT VON
PROSTITUTION?!**
Pro & Contra.

16



SMS-INTERVIEW
Sören Voigt MdL

17



#IM GESPRÄCH:
Oliver Schenk zum
öffentlich-rechtlichen
Rundfunk

21



DLT20 DIGITAL

22

**DEN STRUKTURWANDEL
AKTIV GESTALTEN**



24

**BERICHTE AUS DEN
KREISVERBÄNDEN**



NEUES JAHRZEHT, NEUE AUFGABEN!

von Marcus Mündlein

Die Corona-Krise hat uns alle, Wirtschaft, Gesellschaft und die Politik vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben im Landesverband diese herausfordernde Situation genutzt, um Veranstaltungsformate zu entwickeln, die die digitale Diskussion möglich machen. Daher haben wir im Oktober in unserem **Digitalen Zukunftsforum** gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Agenda zur Digitalisierung im Freistaat aufgestellt – mit Unterstützung toller Gäste.



Stefanie Franzl, Marcus Mündlein und Staatsminister Wöllner im Gespräch

Mit **Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner** haben wir über die digitale Sicherheitsinfrastruktur des Freistaats Sachsen sowie der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Wie können Firmen und die kritische Infrastruktur unseres Landes noch besser vor Angriffen aus dem In- und Ausland geschützt werden? **Sicherheit** darf in der digitalen Welt nicht enden. Deswegen müssen der wachsenden Kriminalität im Netz mit einer größeren Zahl gut ausgebildeter Polizeikräfte entgegenzutreten. „Die Menschen sorgen sich im digitalen Wandel um ihre Sicherheit. Wenn Cyberattacken Krankenhäuser und Energieversorger lahmlegen, unsere persönlichen Daten ausspähen oder Wahlen beeinflussen, dann ist unsere Gesellschaft in ihrem Grundbedürfnis nach Sicherheit bedroht. Deshalb fordern wir, dass zehn Prozent aller sächsischen Polizisten Experten im Kampf gegen **Cyberkriminalität** werden“, sagte Florian Oest.



Marina Heimann von futureSAX

Durch hochkomplexe, selbstlernende und -steuernde Prozesse bietet sich enormes Potential, den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. Deshalb müssen vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Digitalisierung sowie bei der anwendungsorientierten Forschung im Bereich der Industrie 4.0., der Künstlichen Intelligenz unterstützt werden – gleiches gilt für die Weiterbildung von Mitarbeitern. **Marina Heimann**, Geschäftsführerin von **futureSAX**, sah insbesondere bei der Innovationsförderung und Bedingungen für StartUps großen Bedarf. Wie können wir Unternehmertum, vor allem im digitalen Sektor, attraktiver machen? Das von uns geforderte „Starfög“ und



Staatsminister Christian Piwarz



Der Landesvorstand der JU Sachsen und Niederschlesien

mittlerweile (unter anderem Namen) eingeführte InnoStart-Bonus ist ein akzeptiertes und effektives Instrument, um innovative Geschäftsideen finanziell zu fördern.

Dass die überwiegende Mehrheit unserer Lehrkräfte offen für digitale Bildungsangebote ist, habe sich spätestens während des ersten Corona-Lockdowns bewiesen, sagte **Kultusminister Christian Piwarz**. Wir haben über die Kompatibilität von Lernplattformen und -apps, über die Realisierung digitaler Bildung, Lerninhalte und die bestmögliche Vorbereitung unserer Lehrerinnen und Lehrer gesprochen. Vieles ist bereits geschafft – trotzdem ist noch viel zu tun. Für uns ist klar: Zukünftig muss die zweite Fremdsprache „**Programmiersprache**“ sein!

Abschließend sprachen wir mit dem **Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz**, über Mobilität und die Chancen für den Freistaat Sachsen in den Bereichen ÖPNV sowie Automobilbau. Im 30. Jahr der Wiedervereinigung wird klar, dass wir viel erreicht haben, aber dass wir auch noch viel tun müssen. Innovative Verkehrskonzepte und Lösungen insbesondere für den ÖPNV im ländlichen Raum können dabei helfen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

Nach gut drei Stunden Online-Diskussion haben wir viele neue Ideen und Meinungen sammeln können. Das Digitalforum der Sächsischen Union „CDUupdate“ zeigt, dass wir mit unserem Digitalen Zukunftsforum den Nerv der Zeit getroffen haben und viele Punkte aus unserem Zukunftspapier

„Neues Jahrzehnt – neue Aufgaben!“ sind bereits jetzt Beschlusslage der CDU Sachsen geworden.

Danke an alle, die diese Veranstaltung durch ihre Diskussionsbeiträge bereichert haben! ■



Florian Oest



Live ins Studio - Tina Trompter



WEGE IN DIE POLITIK

„Ich war eine Art ‚Nischenbewohner‘“

Das Jahr 2020 hielt einige denkwürdige Jubiläen bereit: Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, 30 Jahre können wir in einem vereinten Deutschland, im Freistaat Sachsen leben und auch die Junge Union Sachsen und Niederschlesien ist 30 geworden. Viele Menschen haben in diesen drei Jahrzehnten unseren Freistaat aufgebaut und gestaltet, haben sich politisch engagiert und für ihre Positionen stark gemacht. Wir wollen in einer neuen Gesprächsreihe den Werdegang von Parteifreunden und Politikerpersönlichkeiten nachzeichnen: Welche Wege führten sie in die Politik, was hat sie angetrieben, welche Hürden nahmen sie und was haben sie dabei erlebt? Zum Auftakt der Serie sprach Bianca Schulz mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner über seinen Weg in die Politik und sein Wirken in bewegenden Zeiten.

Bianca Schulz: Herr Landtagspräsident, wir feiern in diesem Jahr den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit. Sie haben diese Phase des Umbruchs in Sachsen aktiv mitgestaltet.

Heute sind Sie „der erste Mann“ im freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Freistaat Sachsen – hätten Sie sich das als Kind oder Jugendlicher je vorstellen können?

Dr. Matthias Röbler: Das hätte ich mir nicht vorstellen können. Ich bin in einer Gärtnerfamilie in einem Dorf am Stadtrand von Dresden aufgewachsen, mit noch vier kleinen Brüdern. Da war zunächst wenig zu spüren vom repressiven DDR-Regime. Ich erlebte es so richtig, als ich in der Erweiterten Oberschule war, wohin ich aufgrund sehr guter Leistungen immerhin gehen durfte. Mein Wunsch war damals, Wissenschaftler und Hochschullehrer zu werden. Und das wäre ich in einer freien und offenen Gesellschaft – wie der heutigen – sicher geworden.

Wie politisch war man in Ihrer Familie und Ihrem Freundeskreis?

Mein Vater war selbstständiger Gärtnermeister, der auch einige Leute beschäftigte. Und als kleiner Gewerbetreibender waren sie in der DDR immer von Zwangskollektivierung oder Verstaatlichung bedroht. Das prägt eine Familie natürlich. Noch dazu bin ich als Schüler in die Christenlehre gegangen. Unter diesen Umständen war ich natürlich immer wieder das Ziel von „Bekehrungsversuchen“ und Angriffen. Insofern war ich schon immer politisch. Damals habe ich das DDR-System noch nicht aktiv bekämpft, aber ich habe es abgelehnt. Und ich hatte wie viele andere den Gedanken: Wenn sich nichts ändert, dann stelle ich auch einen Ausreiseartrag. Aber ich war hier tief verwurzelt in meiner sächsischen Heimat, hier in Dresden.

Ihnen wurde ein geisteswissenschaftliches Studium aufgrund Ihrer „falschen Weltanschauung“ versagt. Gab es da mal den Moment, an dem Sie gezweifelt haben, ob der Preis zu hoch ist und ein „Anpassen“ der leichtere Weg?

Man pendelt in einer Diktatur immer zwischen Auflehnung und Anpassung. Ich war eine Art „Nischenbewohner“, der einfach nicht mitgemacht hat. Dazu muss man wissen: Ich war ein sehr guter Sportler und ein sehr guter Schüler – mit einer 1,0 im Abitur. Ich habe dafür sogar die Lessing-Medaille erhalten. Aber als ich Völkerkunde studieren wollte, haben sie mir das wegen meiner bürgerlichen Herkunft und christlichen Überzeugungen verweigert. Ich habe dann Maschinenbau (Aerodynamik) studiert – und ich habe es nicht bereut. Ich war begeisterter Student. Ich hatte ein Leistungsstipendium, das wurde mir zwischendurch gestrichen, weil ich nicht Reserveoffizier werden wollte. Später bekam ich es wieder.

Wie sind Sie zum Demokratischen Aufbruch gekommen?

Meine Familie stand in früheren Zeiten – vor 1933 – immer der SPD sehr nahe. Und ich habe mir 1989 die Parteien angeschaut. Ich wollte ganz

schnell die Wiedervereinigung, Verhältnisse wie im Westen Deutschland und das Ende der DDR – wie viele andere auch. Also habe ich mir die Partei gesucht, die das am konsequentesten vertreten hat. Anfangs war die damalige Blockpartei CDU noch nicht so weit.



Dr. Matthias Röbler 1989 | ©privat

Haben Sie sich selbst als „Oppositioneller“ gefühlt?

In dem Moment, wo die Aussicht bestand, dass wir das System in der DDR verändern können und die Wiedervereinigung erreichen könnten, da war ich ein aktiver Oppositioneller. Von da an habe ich fast nur noch politische Arbeit gemacht. Entscheidend waren die Demonstrationen vom 9. Oktober 1989. Da war ich ja auch mit vielen anderen in den Kirchen in Dresden. Da wurde klar, dass die Russen nicht eingreifen: Die Panzer blieben in den Kasernen. Das war der große Wendepunkt. Die Sowjetarmee schlug die Proteste nicht gewaltsam nieder wie den Arbeiteraufstand von 1953 bei uns oder 1968 in der ČSSR.



Dr. Matthias Röbler als junger Abgeordneter in einer Sitzungspause in der Dreikönigskirche. Von 1990 bis 1993 tagte der Sächsische Landtag im Haus der Kirche.

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH

Die Wahl entscheidet :

- Massenflucht und Chaos -
o d e r

Zukunft in Deutschland
K E I N neues Sozialismusexperiment

Die Gesellschaft in der DDR braucht einen demokratischen Aufbruch aus Stagnation und Mißwirtschaft !! Das gesamte deutsche Volk strebt Selbstbestimmung und die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung an.

Nur so wird der völlige Zusammenbruch wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen in der DDR durch eine klare Perspektive ersetzt.

Der Demokratische Aufbruch als Volkspartei der Mitte hat dazu eindeutige Ziele und Konzeptionen:

- * In freien, gleichen und geheimen Wahlen muß die Macht der SED - PDS beseitigt und eine Regierungsübernahme der Opposition erreicht werden.
- * Lebensqualität schafft nur die soziale Marktwirtschaft mit hohem ökologischen Anspruch. Sie ist schnellstens in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren. Leistung muß sich lohnen, die sozial Schwachen brauchen Schutz in der Solidargemeinschaft. Der ökologische Umbau der Wirtschaft gewinnt existentielle Bedeutung. Dazu werden wir die umfassende Hilfe aller Deutschen erhalten.
- * Eine demokratische Gesellschaft gibt der freien Initiative und Individualität soviel Raum wie möglich. Die staatlichen Regelungen beschränken sich auf das Notwendige. Das gesamte Bildungswesen und die Medienlandschaft sind nach diesen Gesichtspunkten umzugestalten.
- * Die staatliche Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung ist Nahrziel unserer Politik. Der Weg dazu führt von vertraglicher Bindung zwischen den deutschen Staaten über einen Staatenbund zum Bundesstaat. Dazu brauchen wir die schnellstmögliche Wiedererrichtung der Länder. Der Demokratische Aufbruch fordert Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung !!

Partei
Demokratischer Aufbruch
Karl - Marx - Platz 2d
D r e s d e n
8 0 6 0

Aus dem Privatbesitz: Flugblatt des Demokratischen Aufbruchs von 1989

In Ihrer Rede zur Tagung „20 Jahre Freistaat Sachsen“ am 4. März 2010 des Hannah-Arendt-Institutes berichten Sie von gelösten Radmuttern an Ihrem Wartburg nach einer Sitzung des Dresdner Runden Tisches in der heutigen Staatskanzlei. Hatten Sie mit dieser Bedrohung Ihres Lebens jemals gerechnet?

Damit mussten Sie damals rechnen. Das war auch nicht gegen mich persönlich gerichtet. Die Stasi wusste, dass der Runde Tisch im Rat des Bezirkes tagt. Da hat man eben ein Rad am Wagen locker gedreht. Es passierte bei mir nur dieses eine Mal, aber das hätte mich

natürlich im wahrsten Sinne des Wortes aus dem politischen Weg räumen können.

Warum waren Sie nie für einen Dritten Weg?

Ich wollte nie eine andere DDR, sondern die deutsche Einheit. Das war meine grundsätzliche Einstellung. Ich war immer ein sehr in politischen und historischen Dimensionen denkender Mensch. Der sogenannte dritte Weg hatte in dieser weltpolitischen Konstellation keine Chance. Und ich wollte ihn auch nie. Für mich gab es ein klares Vorbild: Das war die Bundesrepublik. Wie viele andere wollte ich ganz einfach leben wie im Westen.

Was war Ihr Antrieb für Ihr politisches Engagement?

Ich wollte Freiheit, Marktwirtschaft und die deutsche Wiedervereinigung. Ich habe damals eines der ersten Flugblätter des Demokratischen Aufbruchs gemacht. Unsere Forderungen waren die Einheit Deutschlands, die Regierungsübernahme in der DDR, die soziale Marktwirtschaft und die Integration in die Europäische Gemeinschaft. Dieses Flugblatt haben wir auch zu den Montagsdemonstrationen zu Tausenden verteilt. Mir war immer wichtig, dass wir nicht nur reden und demonstrieren, sondern auch handeln: Ich wollte mitmachen, etwa bei den Runden Tischen. Natürlich war das ein Risiko. Ich habe meinen Arbeitsplatz riskiert, meine Freiheit und vielleicht auch mein Leben. Aber unsere Revolution blieb friedlich und war erfolgreich. Es hätte auch schiefgehen können...

Was ist jetzt Ihr Antrieb?

Wir haben damals den Freistaat selbst gegründet. Und den musste man gestalten. Ich war

schon immer interessiert an Wissenschafts- und Bildungspolitik, also habe ich mich genau dort eingebracht: als wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, als Kultusminister und später als Wissenschaftsminister. Politisch gestalten wollte ich immer. Und wir haben in der Schul- und Hochschullandschaft Grundlagen gelegt, die bis heute bestehen: das zweigliedrige Schulsystem, 12 Jahre Abitur, eine starke Leistungsorientierung, die starke Stellung der Berufsschulen. Ich war der bisher am längsten gestaltende Kultusminister in Sachsen, bis ich 2002 nach acht Jahren ins Wissenschaftsministerium wechselte.

Bei welchem Thema würden Sie sich heute als Schüler oder Student einer Demonstration anschließen?

Bei „fridays for future“ würde ich mich nicht anschließen. Da ist mir zu viel die Rede davon, Freiheiten einzuschränken und Menschen zu bevormunden. Und mit einem Staat, der die Leute zu ihrem scheinbaren Glück oder zu einem vermeintlich besseren Leben zwingen soll, konnte ich nie etwas anfangen. Ich war und bin immer für die Freiheit, für Demokratie und eine offene Gesellschaft. Dafür müssen wir überall eintreten.

Was würden Sie jungen Menschen auf den Weg geben, die politisch interessiert sind oder sich engagieren wollen?

Es ist wichtig, klare Ziele zu haben. Aber in der Politik reicht es nicht, nur Forderungen aufzustellen. Wenn es die Gelegenheit gibt,

muss man auch zugreifen und gestalten. Und dazu müssen Sie auch bereit sein, Macht zu übernehmen und auszuüben. Das bedeutet, Sie müssen auch ins Risiko gehen, um Mehrheiten ringen – und Sie müssen bereit sein, auch mal eine Niederlage einzustecken. Ich habe Gestaltungsmacht immer beherzt ergriffen. Hätten wir 1989 oder 1990 gezögert, dann hätten andere dieses Land geprägt.

Wie würden Sie diesen Satz vervollständigen: „Mein Weg in die Politik ...“?

... zielte auf die Beseitigung der kommunistischen DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands. Gestalten und erhalten ist mein politisches Motto heute. ■

ANZEIGE

SEMINARREIHE



Bildungswerk für
Kommunalpolitik
Sachsen e.V.

Collegium regional – Wissen vor Ort

- Grundlagen der Kommunalpolitik
- Kommunalpolitik in den Medien
- Kommunikation im öffentlichen Raum
- Demokratie braucht Mehrheiten – zwischen Konsens und Konflikt

Schulstraße 5
02977 Hoyerswerda

Tel.: 03571-407217
Fax: 03571-407219

bks@bks-sachsen.de
www.bks-sachsen.de

mit renommierten und erfahrenen Referenten
(Termine und Veranstaltungsorte individuell vereinbar)



DER DIGITALPAKT – EIN ERLEBNISBERICHT AUS DER SCHULPRAXIS

Beitrag von Tony Weber



Tony (29) unterrichtet Geschichte und Gemeinschaftskunde an einer Oberschule im Erzgebirgskreis. Er ist Beisitzer im Kreisvorstand der JU Chemnitz und Mitglied des Landesfachausschusses „Bildung und Wissenschaft“ der CDU Sachsen.

Als ich im Februar 2017 in mein Berufsleben startete, erlebte ich einen Praxisschock, den uns die Professoren während des Studiums prognostizierten. Gerüstet mit den neusten Erkenntnissen der Didaktik, zog es mich als ausgebildeten Gymnasiallehrer in die kleine Welt einer Oberschule im Erzgebirge. Dort wimmelte es vor freundlichen Schülern und aufgeschlossenen Lehrerkollegen. Von maroden Klassenzimmern und heruntergekommenen Sanitäranlagen war keine Spur zu sehen. Der Schock kam erst beim genauen Blick auf die technische Ausstattung. Willkommen in der Kreidezeit! Von 24 Unterrichtsräumen war genau einer mit einer interaktiven Tafel ausgestattet. Als Trostpflaster befanden sich auf den beiden oberen Etagen des Schulhauses jeweils zwei Medienrollatoren. Ein „Medienrollator“ ist eine schulinterne Fachvokabel für einen auf einem fahrbaren Gestell montierten Beamer mit Laptop und Lautsprechern, der in seiner Gestalt an Wall-E erinnert. Ernüchternd war auch die sonstige Ausstattung. Kein WLAN, kein Tablet und kein Laptop für den Einsatz im Unterricht. Jeweils 15 Computerarbeitsplätze in zwei Informatikzimmern für insgesamt ca. 340 Schüler. Innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre hat sich an diesem Zustand fast nichts geändert. Mobile Endgeräte sucht man noch immer vergebens. Die Anzahl der interaktiven Tafeln hat sich nun aber auf zwei verdoppelt. Um es ganz deutlich zu sagen: Medienbildung war und ist unter diesen Bedingungen nicht zu machen.

Nicht nur für mich klang der Digitalpakt deshalb nach der lang ersehnten Erlösung. Hochmotiviert ging es für mich und sechs weitere Kollegen

in die „Medienbildungsteam Digitalisierung“ an meiner Schule. Hauptaufgabe dieses Medienbildungsteams, das dem Plan nach an jeder Schule hätte gebildet werden sollen, war die Erarbeitung eines Medienbildungskonzeptes. Ohne Medienbildungskonzept gibt es keine Gelder aus dem Digitalpakt. In diesem Konzept sollten die pädagogischen Ziele inklusive einer Medienbildungsmatrix (Welche Kompetenzen werden in welcher Klassenstufe durch welches Fach vermittelt?) erarbeitet werden. Meine Euphorie wandelte sich zusehends in Skepsis.

Folglich können nicht nur bei der technischen Ausstattung die Unterschiede zwischen den Schulen riesig sein, sondern auch bei der Motivation bzw. der Fähigkeit von Schulleitung und Lehrerkollegen, die Digitalisierung an ihrer Schule zu gestalten.

Ursächlich dafür waren nicht der Arbeitsaufwand, sondern die Probleme, die beim zu allgemein formulierten Kompetenzrahmen „Medienbildung und Digitalisierung“ der Kultusministerkonferenz begannen und bei den sehr unverbindlich gehaltenen sächsischen Lehrplanvorgaben endeten. Zudem sind für erfahrenere Kollegen solche



Für Antworten braucht es
einerseits Mut und
andererseits eine Vision
wie das Lehren und Lernen
der Zukunft aussehen soll.

Konzepte nichts Neues. Einmal geschrieben und ausgedruckt, verschwinden sie oft in dunklen Schubladen, weil es ihnen an Verbindlichkeit fehlt. So wurde mir schnell klar, dass das Medienbildungskonzept nur eine zu erbringende Formalie sein wird, die aber in der Realität keinen Einfluss auf das pädagogische Handeln der Lehrkräfte unserer Schule haben wird.

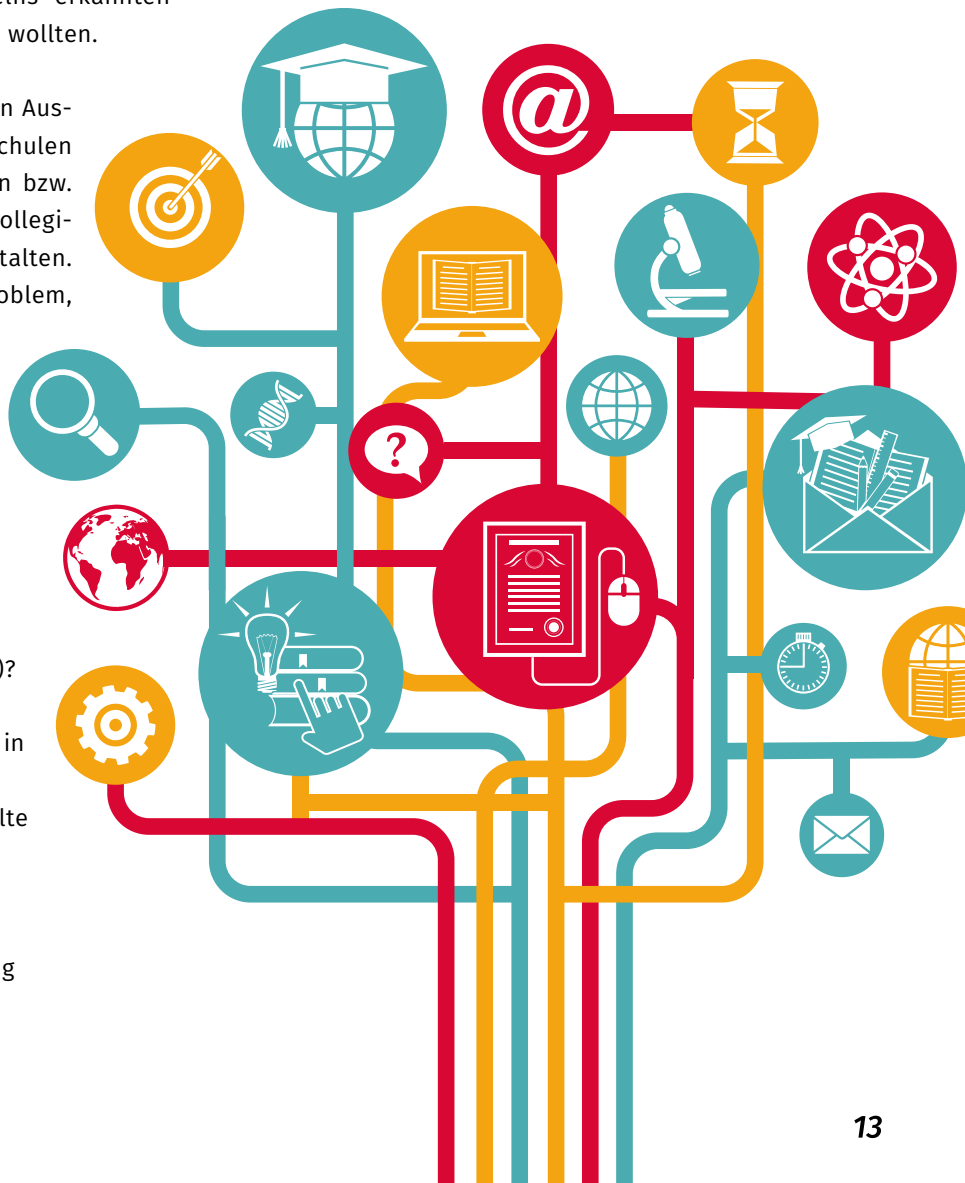
Kollegen anderer Schulen berichteten mir von ganz unterschiedlichen Erfahrungen. Diese reichten von der Unkenntnis, dass es überhaupt ein Medienbildungsteam an der Schule gäbe, über Schulleiter, die im Alleingang das Konzept aufstellten bis hin zu Lehrerkollegien, die die Sinnhaftigkeit eines abgestimmten pädagogischen Handelns erkannten und das Konzept tatsächlich mit Leben füllen wollten.

Folglich können nicht nur bei der technischen Ausstattung die Unterschiede zwischen den Schulen riesig sein, sondern auch bei der Motivation bzw. der Fähigkeit von Schulleitung und Lehrerkollegien, die Digitalisierung an ihrer Schule zu gestalten. Dieser Flickenteppich ist ein ernsthaftes Problem, das behoben werden muss, wenn die Bildungsgerechtigkeit nicht in Schieflage geraten soll. Eine Lösung des Problems sollte klarere Vorgaben für Lehrer und Schulträger beinhalten. Viele Fragen gibt es noch zu klären, zum Beispiel:

- > Wäre nicht ein Medienbildungskonzept des Freistaates sinnvoller als 1.531 verschiedene (= Anzahl der sächsischen allgemeinbildenden Schulen im SJ 2019/20)?
- > Wie können die Schulträger die immer kostenintensivere technische Ausstattung in Zukunft finanzieren und warten?
- > Welche technischen Mindeststandards sollte eine Schule erfüllen?
- > Benötigt in Zukunft jeder Schüler ein eigenes Tablet?
- > Wie können Lehrer fit für die Digitalisierung gemacht werden?

Für Antworten braucht es einerseits Mut und andererseits eine Vision wie das Lehren und Lernen der Zukunft aussehen soll. Ohne eine Vision, die im Nebel der Digitalisierung als Lotse dienen könnte, werden die weiteren Bemühungen wohl immer Stückwerk bleiben.

Ich kann es kaum erwarten, bis unser Förderantrag bewilligt wird und die Beschaffung unserer Wunschtechnik angegangen werden kann. Schon jetzt ist klar, dass das Geld nicht reichen wird, um in allen Räumen interaktive Tafeln zu installieren. Auch bei den mobilen Schülergeräten werden wir nur einen Klassensatz Tablets kaufen können, doch zumindest WLAN wird dann im Schulgebäude vorhanden sein. Dann erreicht meine Schule einen Stand, den manch andere schon vor dem Digitalpakt hatte. Nicht nur meine Schule hat noch einen langen Weg vor sich, um digitales Lernen und Lehren auf Höhe der Zeit umsetzen zu können. Unser gesamtes Schulwesen befindet sich auf einem Langstreckenlauf. Der Digitalpakt war nur die erste Verpflegungsstation. Doch was kommt danach? ■



Verbot von Prostitution?! Pro & Contra.

Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten – drei Paragraphen, die regelmäßig Debatten hervorrufen. In ihrem Koalitionsvertrag von 2013 hatten sich CDU, CSU und SPD eine Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes vorgenommen und schließlich wurde 2016 das Prostituiertenschutzgesetz verabschiedet. Diskutiert wird weiter. Also Prostitution doch verbieten?

PRO

Stern Crime Spurensuche-Podcast vom 6.11.2020: Es geht um den Mord an einer Prostituierten. Der zuständige Kommissar: „Gerade was Sexualstraftaten anbelangt, glauben die Täter, sie haben es bei Prostituierten mit besonders willfähigen und minderwertigen Opfern zu tun. (...) Die glauben: Naja eine Prostituierte kann man ja eigentlich gar nicht vergewaltigen.“ Diese Aussage schockiert mich! Und doch, erinnere auch ich mich an Aussagen, wie: Prostitution ist wichtig, sonst gehen die Männer noch raus und vergewaltigen jemanden. Aha, und Prostituierte bekommen wenigstens noch Geld dafür, oder wie? Prostituierte sollen also ihren Kopf und Körper für die anderen Frauen hinhalten? Eine Schande diese Einstellung, und doch alltäglich.

In Deutschland ist Prostitution seit dem Prostitutionsgesetz von 2001 legal. Es sollte Prostituierten helfen und sie besser schützen. Das war der Plan. Wo stehen wir heute, 19 Jahre später? In Deutschland, dem „Puff Europas“ blüht das Rotlichtgewerbe. Schätzungen gehen von 400.000 Prostituierten aus, weniger als 10% sind gesetzlich angemeldet, sozialversichert ist praktisch niemand. Von den Angemeldeten (!) kommen etwa 80% aus dem Ausland, 35% aus Osteuropa. Frauen, die sich prostituieren haben sehr oft eine lange Geschichte von Gewalterfahrung hinter und vor sich. Ärzte berichten von psychischen Schäden und Traumata sowie von Haut- und Mund-Kiefer-Krankheiten, aber auch schweren Schäden im Bereich des Beckens bis zur Inkontinenz und natürlich Geschlechtskrankheiten. Wollen wir das weiter zulassen?

„Naja“, höre ich manchmal, „Prostitution ist ja nicht nur Zwang! Viele arbeiten freiwillig in der ‚Sexarbeit‘ und gehen damit ihrer Leidenschaft nach!“ Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 90%, wenn nicht bis zu 98% der Frauen nicht selbstbestimmt in der Prostitution arbeiten. Und was den Rest angeht müssen wir uns fragen:

Sind wir bereit eine Tätigkeit weiter zu akzeptieren, weil ihr eine kleine Minderheit selbstbestimmt nachgeht? Meine klare Antwort ist nein! Schützt endlich die große Mehrheit!

Es gibt eine gute Lösung, Prostitution in den Griff zu bekommen: Das sogenannte Nordische Modell. Es sieht vor, Prostituierten durch Beratung und Angebote Wege aus dem Milieu aufzuzeigen und gleichzeitig ein Verbot für den Sexkauf zu erlassen und jene zu bestrafen, die jahrelang das große Geld mit dem Leid von vielen verdient haben. Das Modell hat bspw. in Schweden für einen Paradigmenwechsel gesorgt. Prostitution findet deutlich reduziert statt und die Polizei ist ihr schnell auf der Spur. Kriminelle können sich nicht mehr in der Legalität verstecken und die Behörden an der Nase herumführen. Es ist in Deutschland aktuell praktisch unmöglich ‚illegale Zuhälterei‘ nachzuweisen. Es gibt einfach keine effektive Kontrolle für die Freiwilligkeit der Prostitution - und damit keinen Weg, das Geschäft letztlich ultimatim in die Legitimität zu holen.

In der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion werden Stimmen laut, die das Nordische Modell fordern, ebenso wie die Frauen Union Deutschlands, die dazu sogar schon einen Beschluss gefasst hat. Ich weiß, das Thema ist für so viele von uns unsichtbar und so weit weg. Wer von uns ist schon selbst betroffen?

Konservativ sein heißt nicht, einfach alles zu erlauben ohne Rücksicht auf Verluste. Es heißt die Opfer in den Blick zu nehmen und die Realität zu sehen und klar zu benennen. Es heißt kriminelles und unlauteres Handeln zur Rechenschaft zu ziehen. Es heißt der Polizei die Maßnahmen an die Hand zu geben, die sie braucht um Missstände zu beseitigen, die viele Ermittler, die in dem Milieu arbeiten, täglich bezeugen müssen. Es heißt die Familie und die Ehe unter besonderen staatlichen Schutz zu stellen.

Pro – von Viktoria Donie

CONTRA

Dürrenmatts alte Dame stellte fest: „Die Welt machte mich zu einer Hure, nun mache ich sie zu einem Bordell.“ Unter dieser Prämisse würden Claire Zachanassian schlechte Zeiten drohen – und eigentlich uns allen, denn eine Gruppe von CDU- und SPD-Abgeordneten haben sich für ein generelles Sexkaufverbot und entsprechende Aussteigerprogramme nach dem „Nordischen Modell“ ausgesprochen. Ansinnen ist es, den Freier als Käufer der Sexdienstleistung, zu kriminalisieren, den Anbieter der Dienstleistung hingegen nicht. Der fromme Wunsch, der dahintersteckt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Vorstellung von einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Freilich scheint es, auf keinem Dienstleistungssektor wie dem der Sexbranche so gravierende Missstände in Form von Gewalt, Misshandlungen, Menschenhandel und dem Ausnutzen von Notlagen zu geben; Fakt ist auch, dass sich der größte Teil der Prostitution, außerhalb der Legalität und somit fernab der Möglichkeit des Staates, regulierend einzugreifen, abspielt. Ist nun ein generelles Sexkaufverbot Allerheilmittel, um diese Missstände zu beseitigen? Oder wird hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen? Treffen die geplanten Sanktionen tatsächlich die Richtigen? Zur Wahrheit gehört, dass das Bundesverfassungsgericht die Ausübung der Prostitution verfassungsrechtlich als Berufsfreiheit schützt. Es handelt sich hierbei um nicht weniger als ein Berufsverbot auf Umwegen – ganz zu schweigen von Prostituierten, die ihren Beruf freiwillig und frei von jeglichen Zwängen ausüben, sind so doch Existenzkrisen vorprogrammiert, wenn man die Abnahme der Dienstleistung versucht zu unterbinden. Ein gezielter Blick hinter die Kulisse verrät: Ursächlich für genau diese beklagenswerten Umstände sind hier nicht nur die Freier. Es sind ebenso Zuhälter, Menschenhändler und Schlepper, die den Nährboden für unhaltbare Zustände ebnen und es sind auch die Freier, die diese akzeptieren. Entsprechend sollte Schleppern und Menschenhändlern das Handwerk gelegt werden, damit der scheinbar nicht versiegen wollende Nachschub an Prostituierten aus dem Ausland unterbunden wird. Den

Zuhältern sollte es an den Kragen gehen, um den Prostituierten die Möglichkeit zu bieten, ihrem Broterwerb auf legale Weise auszuüben und Freier sollten einen fairen Preis, für eine ordnungsgemäß erbrachte Dienstleistung entrichten. Im gleichen Atemzug sollte eine Stärkung und bessere Ausstattung der Interessenvertretung der Prostituierten in Form von Verbänden und die Schaffung einer entsprechenden Lobby anvisiert werden. So kann das Berufsbild im legalen Bereich attraktiver denn im illegalen Bereich gestaltet werden.

Weitere Gründe, die gegen ein Sexkaufverbot sprechen, liegen auf der Hand: Die geplante Freierbestrafung wird über Kurz oder Lang die Nachfrage deutlich sinken lassen. Die Prostituierten werden nicht nur enorme Einbußen verzeichnen, sondern auch deutlich mehr arbeiten müssen, um das gleiche Einkommen erzielen zu können. Zudem werden die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter kriminalisiert. Das öffnet Tür und Tor für weitere Missstände. Unstrittig wird der Zugang zum Milieu, nicht nur für staatliche Kontrollen, sondern auch für Präventions- und Hilfsangebote enorm erschwert. Inwiefern das Sexkaufverbot zu einem Anstieg der Sexualstraftaten beiträgt, kann an dieser Stelle nur gemutmaßt werden. Ähnlich verhält es sich mit prognostizierten Scheidungsraten von Ehen, in denen alles passt, mit Ausnahme der Sexualität und man diesem Umstand mittels einer Übereinkunft Abhilfe verschafft.

Es stehen sich hier der Anspruch, Menschen schützen zu wollen und der der Einschränkung der Grundrechte gegenüber. Nein, Grundrechte sollten nicht eingeschränkt werden. Und nebenbei mal Hand aufs Herz: Sexualität und deren Auslebung gehört zu den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen. Der Dienst, den Prostituierte an der Gesellschaft leisten, ist damit nicht nur Prävention, sondern dient gleichzeitig der Befriedigung selbiger. Den Vorwurf, hier mit einem Verbot, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen billigend in Kauf zu nehmen und an den Umständen nichts zu optimieren, müssen sich die federführenden Abgeordneten wohl gefallen lassen.

Contra – von Sophie Pojar



SMS-INTERVIEW

mit **SÖREN VOIGT MdL**

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag

Das Interview führte Peter Flaske.



Hallo Herr Voigt, wo treffen wir Sie gerade an?

Ich bin gerade im Sächsischen Landtag und bereite mich auf das Sonderplenum vor. Unsinniger Aktionismus der AfD-Fraktion zum Infektionsschutzgesetz, dass gestern abschließend im Bundestag und Bundesrat behandelt wurde.

Seit gut 2 Monaten sind Sie nun Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion – was hat sich in Ihrer alltäglichen Arbeit am meisten verändert?

Dass ich bin nicht mehr in den Facharbeitskreisen tätig bin, sondern den Überblick über alle Arbeitskreise der Fraktion brauche, um mit den PGF's von B90/Grüne und SPD die Plenartagungen vorbereiten zu können.

Hat Ihr Vorgänger Stephan Meyer Ihnen einen Rat bei der Übergabe der Geschäfte gegeben? Wenn ja, welchen?

Er hab mir den Tipp „Halte einen engen Kontakt zu den Arbeitskreisvorsitzenden und stimme dich mit Christian Hartmann, unserem Fraktionsvorsitzenden, auf kurzem Wege ab.“ Wir haben also einen intensiven Nachrichtenaustausch. :-)

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit zwei Koalitionspartnern?

Sie haben natürlich ihre Themen, die ihnen wichtig sind. Das geht uns mit unseren Prioritäten auch so. Da braucht es den Willen, gemeinsam etwas gestalten zu wollen und als Koalition aufzutreten. Ich denke, viel kommt auch darauf an, dass die „Chemie“ stimmt.

Auf Ihrer Webseite heißt es „Zuhören und Anpacken“. Bei welchen Projekten packen Sie im Wahlkreis besonders gern an?

„Bildung“, „Innere Sicherheit“ und „Medizinische Versorgung / Pflege“ habe ich mir als Schwerpunkte für diese Legislatur gesetzt. Dazu kommt der persönliche Kontakt mit Bürgern, Vereinen, Unternehmen und den Städten & Gemeinden im Wahlkreis. Eine gute Zusammenarbeit ist für mich der Schlüssel dafür, gemeinsam erfolgreich zu sein.

Dankeschön für den kurzen Einblick und viel Erfolg im neuen Amt!



#IM GESPRÄCH: Oliver Schenk zum öffentlich- rechtlichen Rundfunk

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien beschäftigt sich schon eine lange Zeit mit der Zukunftsfrage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Unsere verschiedenen Diskussionsformate von der Perspektivwerkstatt bis zur Onlinediskussion führten immer zum gleichen Ergebnis: Ja zum ÖRR – nur eben anders! Julien Reiter sprach mit Staatsminister Oliver Schenk über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien.

Herr Staatsminister, warum brauchen wir den ÖRR auch weiterhin?

Die vergangenen Wochen und Monate haben einmal mehr gezeigt, wie gut es ist, dass wir einen funktionierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland haben. Es geht darum, die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen einzuordnen, zu gewichten und die Fakten zu prüfen. Es geht um verständliche und verlässliche Informationen. Das ist schon in „normalen“ Zeiten wichtig, in Krisenzeiten gilt das natürlich noch einmal in besonderer Weise. Schließlich nehmen Falschinformationen immer mehr zu, immer mehr Menschen finden sich

in sogenannten Filterblasen wieder. Auch deshalb braucht es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der schon qua Auftrag zu Unabhängigkeit und Wahrheit verpflichtet ist. Kurzum: Gut recherchierte Informationen und Beiträge sind entscheidend, damit Debatten und Austausch stattfinden können. ARD, ZDF oder Deutschlandfunk leisten für das Funktionieren unserer Gesellschaft und für die Demokratie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.

Dennoch sehen Sie notwendige Reformen, einige hätten bereits Wirkungen gezeigt. Was hat sich positiv verändert?

Im Zuge des Reformprozesses, den die Ministerpräsidenten vor etwas mehr als drei Jahren angestoßen haben, haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter anderem einen Katalog von 20 Maßnahmen vorgelegt, deren Umsetzung 2028 abgeschlossen sein soll und der Einsparungen in Höhe von rund einer Milliarde Euro vorsieht. Beispiele sind die Reform der Altersversorgung, eine einheitliche IT-Infrastruktur oder die Inten-



Julien Reiter, Schatzmeister der JU Sachsen & Niederschlesien, 22, Student der Rechtswissenschaften, Schwerpunkt Medienrecht

sivierung der Zusammenarbeit bei Großereignissen, wie wir sie zuletzt bei den Olympischen Winterspielen in Südkorea oder der Fußballweltmeisterschaft in Russland sehen konnten. Ohne diese Maßnahmen würden wir heute nicht über eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 86 Cent pro Monat reden. Tatsächlich hatte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes (KEF) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zuvor eine Anhebung des Rundfunkbeitrags um zwei Euro pro Monat prognostiziert. Das ist eine ganz andere Hausnummer.

Worin sehen Sie weiteren Reformbedarf?

Die bisherigen Reformen haben ihren Schwerpunkt ganz wesentlich im Bereich der Strukturen. Das Fernsehen der Zukunft braucht aber auch einen funktionsgerechten Auftrag, der die besondere Rolle und Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch deutlicher herausstellt als dies aktuell der Fall ist. Zugleich brauchen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein höheres Maß an Gestaltungsspielraum, um auf aktuelle Entwicklungen noch besser reagieren zu können. Ganz konkret heißt das etwa, dass die Politik nicht jedes Programm von ARD und ZDF im Medienstaatsvertrag festschreiben muss. Schließlich bedarf es auch der Voraussetzungen dafür, dass die Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sich künftig auch im Wettbewerb mit den großen US-amerikanischen Angeboten nicht verstecken müssen. Hier ist noch einiges zu tun.

Sie haben mehrfach Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefordert. Mit dem neuen Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag soll der Rundfunkbeitrag auf 18,36 Euro pro Monat steigen. MDR Sachsen bspw. betreibt auf Instagram einen Kanal, der ausschließlich hübsche Landschaftsbilder postet. Der Verwaltungsapparat ist ein wesentlicher Posten, der den Finanzbedarf steigen lässt. Einige Gehälter in den Rundfunkanstalten führen immer wieder zu Diskussionen. Sollte man mit den Geldern der Beitragszahler nicht anders umgehen – zumal die Erhöhung in eine Zeit fällt, in der die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen gefährdet ist?

Wenn einzelne Instagram-Kanäle betrieben werden, dürften die Kosten dafür überschaubar sein. Zudem sehe ich positive Effekte, weil es gar nicht genug Wege geben kann, um die vielen schönen Seiten und Orte zu zeigen, die Sachsen unbestritten hat. Gut möglich, dass das am Ende dazu beiträgt, dass Familien ihren Urlaub hier bei uns verbringen, junge Menschen sich für ein Studium in Sachsen entscheiden oder aus meiner Zuständigkeit heraus gesprochen, Filmproduzenten hier die Kulissen finden, die sie für die Realisierung ihres nächsten Projektes suchen.

Mit der Gehälterfrage hat sich die KEF wiederholt und zuletzt sehr intensiv in ihrem aktuellen Bericht befasst. Wenn sie im Ergebnis eine Streichung von etwas mehr als 60 Millionen Euro für die kommende Rundfunkbeitragsperiode vornimmt, so lässt dies durchaus den Rückschluss zu, dass an einigen Stellen noch Spielraum für Nachjustierungen besteht. Auf der anderen Seite müssen Arbeitgeber, wenn sie im digitalen Wandel bestehen wollen, potentiellen Arbeitnehmern auch ein attraktives Angebot machen können.

Für ungefähr den gleichen Betrag kann ich mir als Student mehrere Streamingdienste gleichzeitig abonnieren und bekomme neben den Privatsendern ein Programm, das ich auf meine Interessen anpassen kann. Wie schaffen wir es, dass es gerade bei jungen Menschen nicht zu einem zunehmenden Akzeptanzverlust kommt? Ist der Wandel weg vom linearen Sendebetrieb hin zu mehr On-demand-Angeboten ausreichend?

Wir müssen aufpassen, dass wir an dieser Stelle nicht unterschiedliche Dinge miteinander vergleichen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gesetzlich zu einem Angebot verpflichtet, das aus Kultur, Information, Beratung und Unterhaltung besteht. Dieser Verpflichtung kommt er mit einer hohen Vielfalt an Angeboten nach – von Nachrichtensendungen rund um die Uhr über Sondersendungen bei besonderen Ereignissen bis hin zu Extraausgaben von Kindersendungen in Zeiten wie diesen. Solche Angebote werden Sie bei keinem der großen Streaming-Dienste finden.

Dafür werden Sie in keinem Programm von ARD oder ZDF Eigenproduktionen etwa mit Sascha Baron Cohen, Sandra Bullock oder Robert De Niro finden, um nur einige wenige zu nennen. Wichtige Weichenstellungen gegen einen Akzeptanzverlust sehe ich deshalb tatsächlich in einer übergreifenden Plattform von ARD und ZDF – aber auch in noch

„ARD, ZDF oder Deutschlandfunk leisten für das Funktionieren unserer Gesellschaft und für die Demokratie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.“



mehr mutigen Formaten wie beispielsweise dem jüngst im Ersten ausgestrahlten Science-Fiction-Fernsehfilm „Exit“ oder einem Ausbau des Informationsangebotes, das auch ganz aktuellen Untersuchungen zufolge immer noch ganz wesentlich zu einer sehr hohen Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Angebotes beiträgt.

Die JU fordert vehement, Studenten und Auszubildende von der Beitragspflicht zu befreien bzw. zumindest für sie einen reduzierten Beitrag anzuwenden. Zwar können sich Bafög-Empfänger befreien lassen, aber in der Realität müssen auch viele junge Menschen oberhalb der Bafög-Grenze jeden Euro mehrmals umdrehen. Warum war das im neuen Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag kein Thema?

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag verfügt über ein ausgewogenes System an Ermäßigungen und Befreiungen, das sich über viele Jahre bewährt hat und das einen ganz wichtigen Beitrag zur gemeinschaftlichen, gerechten und solidarischen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leistet. Einzelfälle, die mit besonderen Härten konfrontiert sind und die es ohne Zweifel gibt, zu normieren, würde dieses System nicht nur überfordern, es würde es am Ende nicht mehr handhabbar machen.

Gerade für Unterhaltung und Sportübertragungsrechte werden enorme Geldbeträge aufgewendet. Doch gerade dieses

Spektrum decken die privaten Rundfunkanbieter auch ab. Ist es daher nicht angezeigt, den öffentlich-rechtlichen Auftrag vor allem auf Information, Bildung, Beratung zu konzentrieren, weniger auf Unterhaltung? Weg vom Vollversorger, hin zum Qualitätsversorger?

Große Sportereignisse, wie etwa die UEFA Champions League oder die Formel 1, finden sich auch heute schon eher bei den privaten Rundfunkanbietern und im Übrigen bald noch mehr bei den großen Streaming-Diensten wieder. Wenn ARD und ZDF dafür kurzfristig die Übertragung der Handball-Weltmeisterschaft möglich machen, ist das eine Entwicklung, mit der ich sehr gut leben kann und zu der ich viele positive Rückmeldungen erfahren habe. Für viele Unterhaltungsformate von ARD und ZDF wird man zunächst feststellen müssen, dass Unterhaltung nicht immer gleich Unterhaltung ist. Gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk finden sich eine Vielzahl von Formaten, bei denen Bildung, Kultur und Unterhaltung bzw. Voll- und Qualitätsversorgung Hand in Hand gehen. Schließlich findet Kultur- und Wissensvermittlung auch in Unterhaltungsformaten wie den Buddenbrooks, Mehrteilern wie Babylon Berlin oder Weissensee und nicht zuletzt in den unterschiedlichen Satireformaten statt. Eine weitere Besonderheit öffentlich-rechtlicher Unterhaltungsformate mache ich zudem in ihrer regionalen Verankerung aus. Hierauf würde ich nicht nur ungern verzichten, dies würde auch die Akzeptanz des Rundfunkbeitrages gefährden.

Wir sind uns sicher einig, dass gerade die regionale Berichterstattung durch die Landesrundfunkanstalten, genauso wie bestimmte Spartenprogramme die großen Stärken des ÖRR in Deutschland sind. Im Gegenzug kann man aber die Frage stellen, ob wir heute, wo durch die privaten Anbieter ein sehr breites Spektrum abgedeckt wird, zwei öffentlich-rechtliche Hauptprogramme, das Erste und das ZDF, noch brauchen. Die bestehenden Doppelstrukturen verursachen enorme Kosten. Sollte man darüber nachdenken, ARD und ZDF zusammenzulegen bzw. was spräche dagegen?

Der Vorschlag ist nicht neu und die Zahl seiner Befürworter nicht klein. Ich bin hier aber eher zurückhaltend. Zum einen ist es unbestritten, dass ein solcher Prozess, dem alle sechzehn Bundesländer zustimmen müssten, kaum in weniger als zehn Jahren zu realisieren wäre. Und ob es dann tatsächlich zu den erhofften erheblichen Einspareffekten kommen würde, ist bis heute auch noch nicht hinreichend belegt. Zugleich wäre dies auch vor dem Hintergrund des Zeitungssterbens in unserem Land verbunden mit einem weiteren Verlust an Meinungsvielfalt. Positiv an dem Vorschlag finde ich aber, dass er die großen Fragen anspricht, die die Diskussion um eine Reform von Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht ausblenden darf, wenn sie erfolgreich sein will.

Änderungen beim ÖRR sind aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips des Staatsvertrages sehr schwierig und langwierig. Wenn Sie allein und sofort etwas ändern könnten, was wäre es?

Eine solche Chance würde wahrscheinlich kein Medienpolitiker ausschlagen, erst recht nicht gegen Ende einer langen Sitzung der Rundfunkkommission der Länder. Vielleicht sollte man deshalb zunächst an dieser Stelle ansetzen und überlegen, ob man nicht die Entwicklung in der Minister-

präsidentenkonferenz nachzeichnet, die mit den Verhandlungen über die Föderalismusreform für einige wenige aber zentrale Fragen ein qualifiziertes Mehrheitsquorum eingeführt hat. Dies könnte ich mir auch für bestimmte medienpolitische Fragestellungen vorstellen. Und wenn Sie mich nach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk fragen, so will ich auch nicht verhehlen, dass ich mich schon über eine Übertragung des jüngsten Champions League Halbfinalspiels von RB Leipzig gefreut hätte, mehr noch natürlich, wenn sie gewonnen hätten. ■

„Das Fernsehen der Zukunft braucht aber auch einen funktionsgerechten Auftrag, der die besondere Rolle und Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch deutlicher herausstellt als dies aktuell der Fall ist.“

ANZEIGE





DLT20 DIGITAL | ZUKUNFTS- MODUS AN!

Digitaler Deutschlandtag?

Turnusmäßige Wahlen?

Die Junge Union Deutschlands wird ihrem Anspruch als innovativste und digitalste Jugendorganisation Europas auch in diesem besonderen Jahr gerecht. Über neun Stunden Tagung mit hochkarätigen Gästen wie eh und je, einer intensiven Beratung von über 200 Anträgen mit 300 JUlern und natürlich der Verleihung der Social Media-Preise war der DLT auch in der Homeoffice Edition fast wie immer – aber eben nur fast. Ohne das Miteinander ist es eben kein „echter“ DLT.

Dafür wurde ein echter neuer Bundesvorstand gewählt mit Tilman Kuban als Vorsitzenden – und einer tollen Kandidatin aus Sachsen! Herzlichen Glückwunsch, liebe Stefanie und viel Spaß und Erfolg als neue Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands!

Damit endet die Amtszeit von Bianca Schulz, die in den vergangenen vier Jahren Sachsen stark und mit vollem Einsatz im Bundesvorstand vertreten hat. Danke, Bianca, für dein Engagement und dein Herzblut!

Gratulationen gehen auch an den JU-Kreisverband Landkreis Leipzig! Er wurde für den prozentual stärksten Mitgliederzuwachs ausgezeichnet! Weiter so!

Ihr konntet nicht live am Bildschirm dabei sein?

Alle Höhepunkte dieses grandiosen DLT mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Markus Söder, Jens Spahn und und... gibt es weiter bei YouTube! ■



STECKBRIEF

Stefanie Franzl | 27 | Leipzig | Juristin

Ehrenamt: Pressesprecherin der JU Leipzig, Beisitzerin im Landvorstand Sachsen & Niederschlesien, Mitglied

der AG Kampagne der JU Deutschlands, Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands

Ich bin davon überzeugt, dass das Wichtigste was wir in den nächsten Jahren gewinnen können Mitglieder, Mitglieder, Mitglieder sind....Denn nur mit vielen engagierten JU'lern bleiben wir die größte Jugendorganisation Europas, können öffentlich wirksame Kampagnen gestalten und die politische Triebfeder in der Union sein.

Themen: Wirtschaftspolitik mit den Schwerpunkten Energie- und Digitalpolitik, insbesondere Urheber- und Verwertungsrechte, digitale Medien & Datenschutz. Kurzum: Wie wollen wir eigentlich eine digitale Demokratie gestalten? Ich denke hier können wir uns als Jugendorganisation besonders hervortun und neue Maßstäbe setzen.

Anstoß!

Bei Spotify, iTunes und überall, wo es Podcasts gibt.

Junge Politik für Sachsen.

Der neue Podcast mit Waldi Hartmann und Florian Oest

Florian Oest
Vorsitzender JU Sachsen & Niederschlesien

Waldemar Hartmann
Journalist und Kultmoderator



DIE STRUKTURENTWICKLUNG AKTIV GESTALTEN

Von Florian Oest

Der Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 für mehr Klimaschutz ist beschlossen. Es kommt jetzt darauf an Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. Die Menschen im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier leben seit Jahrzehnten mit und von der Kohle. Ohne sie wird ein erfolgreicher Strukturwandel nicht gelingen.

Mit dem gesetzlichen Ausstieg aus der Braunkohleförderung erleben wir den zweiten tiefgreifenden Strukturwandel innerhalb von 30 Jahren. Bis zur friedlichen Revolution stand die Lausitz für die Förderung und die Verstromung der Braunkohle für die halbe DDR. Mit rund 80.000 Beschäftigten bedeutete die Kohle die ökonomische, soziale und kulturelle Identifikation. Mit der Schließung der Kraftwerke und Tagebaue wurden über 90 % der Beschäftigten entlassen. Gewohnheiten und Sicherheiten der Menschen zerbrachen und auch in anderen Branchen gingen Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1995 und 2015 zog knapp jeder fünfte Bewohner aus der Lausitz weg.

Der politisch gewollte Kohleausstieg darf nicht zum erneuten Strukturbruch führen. Wir müssen die neue Zukunft der

beiden sächsischen Reviere aktiv gestalten. Dafür stehen uns im Freistaat Sachsen mit dem Strukturänderungsgesetz für die nächsten 18 Jahre insgesamt 10 Milliarden Euro zur Verfügung. Für die Menschen vor Ort müssen mit diesen Mitteln wichtige Impulse gesetzt werden, damit die Regionen nach 2038 noch lebenswerter sind als heute. Wir brauchen eine Gesamtstrategie mit klugen Ideen und Maßnahmen, die

„Die Menschen in der Lausitz leben seit Jahrzehnten mit und von der Kohle. Mit klugen Ideen wollen wir gemeinsam eine neue Zukunft gestalten“



Wolfgang Dirschauer, Carsten Marschner (Beide LEAG) und Florian Oest im Gespräch am Standort der LEAG in Boxberg



Blick auf das LEAG Kraftwerk in Boxberg

sich vor allem an der zukünftigen Wertschöpfung messen lassen muss. Dabei geht es um wichtige Infrastrukturmaßnahmen, die Ansiedlung von Landes- und Bundesbehörden, die Förderung von bestehenden Unternehmen genauso wie die Ansiedlung neuer Firmen oder die gezielte Stärkung von Forschung und Wissenschaft – wie beispielsweise das Forschungsinstitut CASUS in Görlitz. CASUS ist ein Zentrum für digitale interdisziplinäre Systemforschung und kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, damit wir aus Sachsen heraus Taktgeber im Bereich der Künstlichen Intelligenz werden. Wichtige und starke Partner für den sächsischen Weg des Strukturwandels sind im Lausitzer Revier die LEAG mit knapp 8.000 Beschäftigten sowie im Mitteldeutschen Revier die MIBRAG und die Romonta AG mit zusammen über 2.000 Beschäftigten. Sie betreiben hochmoderne Kraftwerkanlagen an anerkannten und etablierten Industriestandorten. Zudem sind sie viel mehr als „nur“ Energielieferanten, Arbeitgeber und Auftraggeber für kleine und mittelständische Unterneh-

men. Sie sind tief in den Regionen verwurzelt und wirken in das gesellschaftliche und soziale Leben hinein. Gemeinsam mit ihnen müssen wir die Transformation des Energiesektors und die Zeit danach planen und den Aufbau neuer Geschäftsfelder fördern. Die LEAG arbeitet an der Weiterentwicklung seiner Bergbau- und Kraftwerksstandorte, um durch Diversifikation und Wachstum zur Modernisierung der Reviere und zur industriellen Strukturentwicklung beizutragen. Unser Freistaat setzt auf eine langfristig gesicherte und zunehmend klimaneutrale Energieversorgung, die zugleich gute Jobs und Wertschöpfung in der Region hält. Dafür brauchen wir Innovationen und Investitionen. Ein Beispiel dafür ist das LEAG-Projekt „BigBatt“ in Schwarze Pumpe, ein 50-MW Stromspeicher auf Basis von Lithium-Ionen-Akkus, der im industriellen Maßstab das Stromnetz bei wechselnder Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen stabilisieren hilft. In Sachsen müssen wir davon lernen und Anreize für das Projekt „BigBatt Oberlausitz“ schaffen. ■

ANZEIGE



CDU

**YVONNE
MAGWAS**
Bundestagsabgeordnete
für das Vogtland
Wahlkreisbüro Auerbach
Altmarkt 4, 08209 Auerbach
www.magwas.de



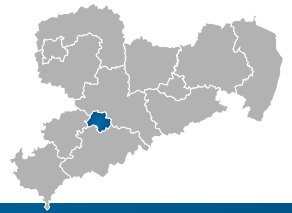
CDU

**MARCO
WANDERWITZ**
Bundestagsabgeordneter für
Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II
Wahlkreisbüro
Schulstraße 32 (Eingang Külz-Platz)
09337 Hohenstein-Ernstthal
twitter.com/wanderwitz

BERICHTE AUS DEN KREISVERBÄNDEN

CHEMNITZ

PLATZ DA – JETZT KOMMEN WIR!



Wir haben es tatsächlich geschafft!

Chemnitz hat den Titel der „Kulturhauptstadt Europas 2025“ gewonnen. Das ist unsere Chance, die Welt von der Stadt, die man vielleicht erst „auf den zweiten Blick“ zu schätzen

lernt, zu überzeugen. Wir freuen uns ungemein und glauben, dass bereits der Bewerbungsprozess um den Titel unsere Stadtgesellschaft wieder näher zueinander gebracht hat. Es sind viele spannende und leidenschaftliche Projekte daraus erwachsen, die nur darauf warten, für die breite Masse zugänglich gemacht zu werden.

Es braucht keine Altstadtresidenzen oder imposante Denkmäler, um „kulturell“ zu sein. Plattenbauten, Industriegeschichte und eine traditionelle Arbeitergesellschaft prägen ihre ganz eigene Art der Kultur in einer Stadt wie Chemnitz. Das werden wir der Welt nun zeigen. Selbstbewusst. Und stolz.

DRESDEN

„EIN HAUSHALT AUS DER KRISE!“



Als Dresdens Oberbürgermeister Hilbert (FDP) im Spätsommer den ersten städtischen Haushaltsentwurf präsentierte, wurde dieser als ein „Haushalt der Krise“ bezeichnet. Wir als junge Generation kontern: Genug des Lavierens - wir brauchen auch einen Haushalt, der zukunftsbeste Prioritäten setzt und auf eine Zeit nach der Corona-Pandemie abzielt. Bewährtes soll fortgeführt, Neues fokussiert und die entscheidenden Weichen gestellt werden. Wir wollen einen „Haushalt aus der Krise“.

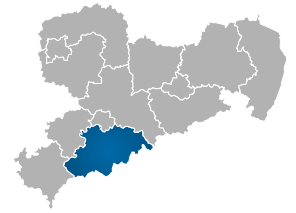
Hintergrund ist, dass wir unsere Mitglieder seit Jahresanfang gefragt haben: Wo siehst du deine Stadt in 30 und 50 Jahren? In was für einem Dresden möchtest du leben? So wurden mit einem intelligenten Konzept und agilen Arbeitsgruppen die unterschiedlichsten Ideen, Wünsche und Forderungen aus der Mitgliedschaft mit Blick auf den kommenden Dresdner Doppelhaushalt gebündelt. Vieles ist zusammengekommen und alte wie neue Mitglieder (re-)aktiviert und eingebunden.

den. Dabei sind zwei Themenbereiche besonders exponiert für unsere Mitglieder: Bildung und Nachhaltigkeit. Nach der Abstimmung auf unserer Mitgliederversammlung im Oktober gilt es nun, um Unterstützung zu werben und im Zweifel auch den Konflikt zu suchen. Es ist eure Zukunft – jetzt erst recht!



ERZGEBIRGSKREIS

12. VOLLEYBALLTURNIER "FAIR PLAY" IN ANNABERG-BUCHHOLZ



Am 24. Oktober 2020 fand unter strengen Corona-Hygiene-maßnahmen das 12. Volleyballturnier des RPJ Sachsen e.V. in Kooperation mit der Jungen Union Annaberg statt. Durch die am Vorabend erlassene Allgemeinverfügung des Erzgebirgskreises mussten wir den Teilnehmerkreis kurzfristig von 18 auf 10 Mannschaften einkürzen und konnten in der

Silberlandhalle nur auf 2 Spielfeldern spielen.

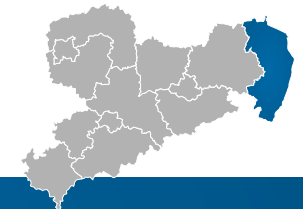
Souveräner Sieger des Turniers war die Mannschaft „Netzkannte“, welche bereits in den Vorjahren immer einen der vorderen Plätze belegte. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die Mannschaften "Baggern erlaubt" und die Vertreter des "Alten Schafstalles Annaberg".

In den Spielpausen konnten sich die Spieler am coronakonformen Buffet stärken und an den politischen Workshops teilnehmen. Lagen die Schwerpunkte der Diskussionen in den letzten Jahren noch auf der Asyl- und Klimapolitik, so war der Umgang mit der Corona-Pandemie dieses Jahr der einzige inhaltliche Gesprächspunkt.

Die Spieler freuten sich insbesondere, dass die Junge Union Annaberg trotz der schwierigen Voraussetzungen ein solches Turnier auf die Beine stellte, da in diesem Jahr fast alle Freizeitturniere abgesagt wurden. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt, daher ist trotz der ungewissen Entwicklung das 13. Volleyballturnier in Annaberg-Buchholz bereits in Planung.

GÖRLITZ

LAMPE AUS, LICHT AN!



Auch im Bürgermeisterwahlkampf für das aufstrebende Örtchen Schleife im Norden des Kreises Görlitz hat die JU Görlitz tatkräftig mitgemischt. Ob beim Aufhängen der Wahlkampfplakate im Ortszentrum bis spät in die Nacht oder beim Haustürwahlkampf bei starkem Regen und kaltem Gegenwind – auf uns war wie immer Verlass!

Die Folge: unerschütterlich und souverän holte Jörg Funda mit unserer kräftigen Unterstützung das Bürgermeisteramt für die Union am 1.11.2020. Seine Nähe zu den Menschen und seine soziale, sympathische Persönlichkeit überzeugten Schleife.

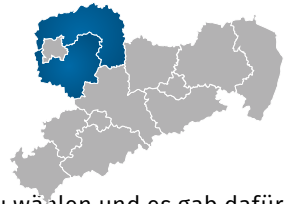
Mit 970 zu 447 Stimmen ein klarer Vertrauensbeweis. Vorab stellte sich Funda vorab vielen Bürgerfragen, gab konkrete Antworten. Es bewarben sich nur zwei Kandidaten um das Amt. Funda hat nun den Auftrag, Schleife durch den anstehenden Strukturwandel zu navigieren.

Die Menschen bauen ihre Zukunft lieber auf einem straken FUNDament, als mit einer Lampe, die nicht brennt – frei nach einem anonymen Wahlkampfslogan.



LANDKREIS LEIPZIG

Junge Union Landkreis Leipzig wieder zurück



Im Junge Union Kreisverband Landkreis Leipzig ist wieder Leben eingelebt. Am Mittwoch dem 29.07.2020 hatte der CDU Kreisgeschäftsführer, Gerhard Blume, die Mitglieder der JU und alle CDU Mitglieder im JU Alter zu einer Versammlung nach Markkleeberg geladen. Es sollte ein Kennen lernen und ins Gespräch kommen werden und gleichzeitig die Wahl des JU Kreisvorstandes stattfinden.

Nach einer lockeren Runde der Vorstellung, sowie der Gedankenaustausch zum Wirken der JU im Landkreis Leipzig, konnten auch gleich 5 Neumitglieder an diesen Abend gewonnen werden. Man einigte sich auch darauf die geplante Vorstandswahl mit den anwesenden Mitgliedern durchzuführen, denn man war für die Wahl vollständig, wahlberechtigt und auch wurde das Interesse von einigen JU Mitgliedern, als Vorstand zu kandidieren, bekundet.

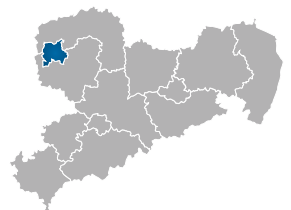
Nach dem der alte Vorstand entlastet wurde, konnte der Neue gewählt werden. Es wurde John Detzner für den Vorsitzenden vorgeschlagen und dann auch einstimmig gewählt. Neu war es,

zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen und es gab dafür gleich drei Kandidatenvorschläge. Am Ende wurde in Abwesenheit durch Urlaub, aber mit vorliegender schriftlicher Bereitschaftserklärung, David Hayd und anwesend Paul Albrecht Meier einstimmig zum Stellvertreter gewählt. Schatzmeister der JU ist ab sofort Florian Sommerkorn, der auch einstimmig für das Vorstandsamt gewählt wurde. Zur Komplettierung des JU Vorstandes wurde dann noch Fabian Unverricht als Beisitzer gewählt.



LEIPZIG STADT

REKORDZAHLEN FÜR DIE JU LEIPZIG AUF DEM KREISPARTEITAG DER CDU LEIPZIG



Hinter uns liegen aufregende Monate. Auf dem CDU-Kreisparteitag am 17. Oktober wurde in Leipzig erstmalig in der 30-jährigen CDU-Geschichte ein JU-Mitglied als Kandidatin für die Bundestagswahl 2021 nominiert. Jessica

Heller setzte sich in einer Kampfkandidatur gegen den amtierenden CDU-Kreisvorsitzenden Thomas Feist durch. Wir freuen uns sehr darüber, sind hochmotiviert und stehen fest hinter Jessica. Die JU Leipzig wird sie und unseren amtierenden MdB und JU-Supporter im Leipziger Norden, Jens Lehmann, im bevorstehenden Wahlkampf mit allen Kräften unterstützen. Darüber hinaus gab es einen weiteren Rekord: Es wurden sieben JU-Mitglieder als Delegierte für die Landesvertreterversammlung und weitere acht Mitglieder aus unseren Reihen als Delegierte für den Landesparteitag der CDU Sachsen gewählt.

Dieses Ergebnis zeigt, welche Gestaltungsmöglichkeit man als Mitglied unserer Jugendorganisation innerhalb der CDU haben kann und was wir als Team mit unserem Kreisvorsitzenden Rainer Burgold in den letzten Jahren auf die Beine gestellt haben. Aufgrund der aktuellen Lage finden unsere AG's weiterhin digital statt. Erstmals haben wir auch zusammen mit anderem Kreis und Landesverbänden die US-Wahl als gemeinsame Zoom-Konferenz verfolgt. Trotzdem hoffen wir dass es 2021 wieder möglich sein wird einige JU-Veranstaltungen präsent stattfinden zu lassen.

MEISSEN

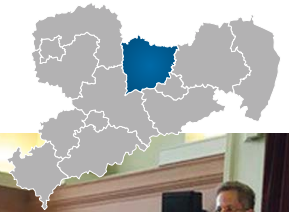
NEUER VORSTAND GEWÄHLT

Im September hat der Kreisverband der JU Meissen einen neuen Kreisvorstand gewählt. Neuer Kreisvorsitzender ist Robert Ahr, dem mit Johannes F. Fiolka und Dr. Hagen Schäfer zwei erfahrene JU'ler als Stellvertretende Vorsitzende zur Seite stehen. Als Schatzmeister wurde Adrian Sauer und als Pressesprecher Marc Herrmann gewählt. Die neuen Beisitzer sind Dr. Thomas Kämpfe und Julius Roch. Am 22. September durften wir Hans Georg Maaßen, Rechtsanwalt und ehem.

Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, im Saal des Goldenen Ankers in Radebeul begrüßen. Unter der Überschrift „Dürfen unsere Medien lügen?“ diskutierten wir mit knapp 40 Teilnehmern, inwieweit Medien durch ihre Berichterstattung Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen können. Nicht nur die Printmedien, der öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder die privaten Medienanstalten wurden thematisiert, sondern auch die Plattfor-



men der sozialen Medien. Alle weiteren geplanten Veranstaltungen mussten aufgrund des pandemiebedingten Lockdowns ins nächste Jahr verschoben werden.

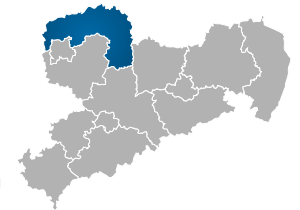


NORDSACHSEN

JU MEETS MERZ

2020 wirbelte Corona nicht nur das Datum, sondern auch die Location für den „Dialog an der Elbe“ durcheinander – in der nunmehr 14-jährigen Historie fand die Veranstaltung nicht wie gewohnt im April in Torgau, sondern ein paar Kilometer weiter Elbabwärts in der Rolandstadt Belgern statt. Nachdem uns vor zwei Jahren der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble besuchte, konnten wir dieses Jahr wieder einen bundesweit bekannten Redner begrüßen: Kandidat für den Bundesvorsitz der CDU, Friedrich Merz, war zu Gast. In seinem Grußwort er-

innerte unser Vorsitzender, Florian Stehl, an die Tatsache, dass damals keine großen Staatsmänner, sondern einfache Soldaten Weltgeschichte schrieben. Transatlantiker Merz nahm danach Bezug auf den Titel des Abends – „75 Jahre nach der Begegnung – droht ein neuer kalter Krieg?“ – und wies auf die Bedeutung der EU hin, gegenüber den anderen Weltmächten als gleichberechtigter Partner aufzutreten. Mit 200 Gästen war unsere Podiumsdiskussion wieder ein voller Erfolg.“



ZWICKAU

AUF DEN SPUREN DER HEIMISCHEN INDUSTRIEGESCHICHTE

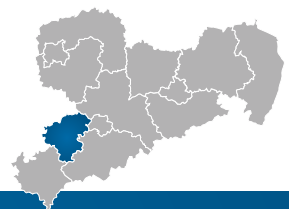


Am 23. Oktober besuchten die Mitglieder der Jungen Union Zwickau gemeinsam mit dem Crimmitschauer Oberbürgermeister André Raphael die Tuchfabrik Gebrüder Pfau, welche Teil der diesjährigen Landesausstellung zu 500 Jahren Industrie-

kultur im Freistaat Sachsen ist. Bei der Führung durch den Fabrikationskomplex bot sich die eindrucksvolle Möglichkeit, den Herstellungsprozess von der Aufbereitung der Wolle bis hin zum Glätten des fertigen Stoffes nachzuvollziehen. Bei der Vorführung verschiedener Maschinen und Arbeitsgänge wurde allen Anwesenden deutlich, unter welchen schwierigen Arbeitsbedingungen die Mitarbeiter der Fabrik noch bis 1990 arbeiteten. André Raphael schilderte auf dem Rundgang den langen Weg der

Entwicklung des Objektes zu einem modernen Museum, welches heute ein einzigartiges Zeugnis der Geschichte unserer südwestsächsischen Textilindustrie darstellt.

Im Anschluss stand André Raphael für den kommunalpolitischen Stammtisch der JU Zwickau zur Verfügung. Themen waren unter anderem die Entwicklungen in der Bundespartei, die Transformation der Automobilregion Zwickau sowie Möglichkeiten, junge Menschen in die Politik besser einzubinden.



Zukunfts- verdächtig

Innovative Lösungen
für eine sichere
Energiewende



Moderne Kraftwerkstechnik trifft auf den Stromspeicher BigBattery, heimischer Bergbau bringt den größten künstlichen See Deutschlands hervor, neue Energielösungen ebnen den Weg in die Zukunft. Mit unserer Erfahrung, starken Standorten und neuen Geschäftsfeldern bleiben wir ein wichtiger Partner für die deutsche Stromversorgung und die Region.

Sie suchen
einen Partner für die
**Vermarktung Erneuer-
barer Energien** oder **flexible
Energielösungen** für Ihr
Unternehmen?

energieloesungen
@leag.de

→ leag.de

LEAG 